

Volkswille

Eingelnummer 30 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Braunschweig 17.
Telefon: 6032. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Freitags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwille“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Marktstr. 27.
Telefon: 5407. Postfachnummer 11992

Nr. 95

Bezugspreise: Durch Umständer jährlich monatlich 6,00 Mk. halbjährlich 30,00 Mk. Durch Postweg im Vierteljahr 18,- monatlich 6,00 Mk. einjährl. 60,00 Mk.

Halle, Montag, den 25. April 1921

Bezugspreis: Im einzelnen Abnehmer kopfen das Nummer 60 Pfg., bestellenden Postkarte im Betrag von 1,-. Einmalige Abnahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang.

Man entscheidet über das Ruhrgebiet.

Die neue Konferenz in Götthe — Vertrauensvotum für Stegerwald im Preussischen Landtag Halleische Arbeitervertreter beim Reichspräsidenten.

Götthe, 24. April. Reuter meldet amtlich: Die Konferenz trat um 10.30 Uhr zu einer allgemeinen Besprechung zusammen. Vorher hat eine Denkschrift vorbereitet, in der der französische Vorschlag, um den sich die Verhandlungen drehen, im einzelnen auseinandergesetzt wird. Es ist ein Telegramm mit der Nachricht eingegangen, daß Deutschland eine neue Note ausgearbeitet hat, doch ist sie bisher bei keiner Regierung eingegangen.

Paris, 24. April. Die Konferenz von Götthe ist um 6.15 Uhr abends zu Ende gegangen. Es wurde beschlossen, daß der Oberste Rat am kommenden Sonnabend in Paris zusammentreten wird. Sollte Lloyd George durch die Streitfrage verhindert sein, London zu verlassen, wird die Konferenz in London stattfinden.

Götthe, 25. April. Reuters Sonderberichterstatter meldet: In der langen unformellen Nachmittagskonferenz wurde ein Beschluß nicht gefaßt. Endgültige Entscheidungen werden am 30. April bei der Zusammenkunft des Obersten Rates getroffen werden, die, wenn der Kohlenstreik dann vorüber ist, in Paris, wenn nicht, in London stattfinden wird. Wie verlautet, befinden sich beide Parteien in Ueber-einkünftung. Die französischen Vorschläge wurden einmütig gebilligt. Wenn das Ruhrgebiet besetzt wird, wird sich die britische Beteiligung daran auf einige Abteilungen Kavallerie und einige Tanks beschränken. Es wird betont, daß das Pariser Uebereinkommen sich noch in Geltung befindet. Der britische Botschafter hat aus Berlin telegraphiert, daß die deutsche Note an die Vereinigten Staaten dem amerikanischen Botschafter in Berlin gestern mittag eingehändigt worden ist.

Amsterdam, 25. April. (W.B.) Die Meldungen über die geistige Konferenz in Götthe zwischen Briand und Lloyd George lauten sehr widersprechend. Es scheint jedoch kein Zweifel zu bestehen, daß das Ruhrgebiet besetzt wird, wenn die Deutschen nicht betriebende Vorschläge machen, worauf Lloyd George immer noch hofft. Lloyd George ist der Meinung, daß man auch auf die Kreise in den alliierten Ländern Rücksicht nehmen müsse, die gegen die Sanktionen sind, und darauf, daß die den Alliierten jetzt günstig geklingelte amerikanische Öffentlichkeit ihre Haltung ändern könnte, wenn man gegen Deutschland zu streng vorgehe. Lloyd George verbinde die Reparationsfrage mit der oberflächlichen Frage und wünscht das Verbleiben der Kohlengruben bei Deutschland, da Polen zur Ausbeutung der Reichtümer dieses Gebiets unfähig sei und zugunstenbenachteiligt keine Jagd habe. Ueber die Notwendigkeit, Deutschland sofort zum Zahlen zu zwingen, soll jedoch Uebereinstimmung bestanden haben. Die eventuelle Besetzung des Ruhrgebiets soll wieder aufgegeben werden, sobald Deutschland zahlt. Die endgültigen Beschlüsse bleiben der Sitzung des Obersten Rates am nächsten Sonnabend vorbehalten.

Nachdem die Regierung Fehrenbach-Simons im Einverständnis mit dem ganzen Reichstag die Pariser Beschlüsse als undurchführbar zurückgewiesen, nachdem sie erstärkt hatte, sie würde nach Eintritt der vertragwidrigen Sanktionen keine weiteren Vorschläge machen, mußte es überraschend wirken, daß Dr. Simons wenige Wochen darauf in der französischen Presse neue Vorschläge anbrachte. Die Ueberlegung hierüber war nirgends so groß wie im Auswärtigen Amt, wo man auf diesen Schritt des Chefs gar nicht vorbereitet war und keinerlei Vorschläge für neue Vorschläge gemacht hatte. Es kamen nun die Wochen der geheimen Beratungen im Kabinett, die unter dem Druck ständig gesteigerter feindseliger Drohungen standen, und das Ergebnis waren die halben Reparationsanforderungen an die Entente — der Wiedereinbau — und die aufs ganze gehende Bitte an Harding, das Schiedsrichtertum zu übernehmen, wobei bedingungslose Unterwerfung unter den Schiedsspruch zugesichert wurde.

Rein Wenig konnte etwas anderes erwarten, als daß Harding das Schiedsrichtertum ablehnen würde und daß es dadurch notwendig werden würde, neue Vorschläge zu machen. Trotzdem ist die selbstverständliche Antwort Harding's die Regierung wie eine vollständige Ueberlegung zu treffen. Es stellte sich jetzt heraus, daß die Regierung selbst in diesem Augenblick noch keine völlig fertigen Vorschläge in der Hand hatte, und die Ablehnung der Antwortnote verzögerte sich in so peinlicher Weise, daß es hierüber beinahe zu einer Regierungskrise gekommen wäre. Der Reichstag war für Sonnabend, 3 Uhr nachmittags, zu einer Sitzung geladen, in der er die Mittelungen der Regierung über ihre Vorschläge entgegennehmen sollte, aber in dieser Sitzung mußte der arme Herr Fehrenbach erklären, daß die Regierung noch immer nicht fertig sei.

Man kann also mit dem besten Willen der Welt nicht behaupten, daß die Regierung als Weltherr in der Dunkel-

gezeit hätte, durch moralische Wirkungen die Angriffsfront der Gegner erschüttern. Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, und es besteht die Hoffnung, daß die Angebotsbedingungen auf der anderen Seite vielleicht noch größer sein könnten als auf der eigenen.

In Berlin wurde am letzten Freitag von verschiedenen Seiten die Nachricht verbreitet, daß Frankreich mit Polen ein Militärabkommen geschlossen habe, das die Befestigung Deutschlands im Osten bis nach Kottbus vorsehe. Vielleicht ist diese Nachricht nur in die Welt gesetzt worden, um auf die Beratungen des Reichskabinetts einen desto stärkeren Druck auszuüben — wenn sie aber richtig sein sollte, so müßten der Welt doch endlich die Augen darüber aufgehen, zu welchen Zielen die französische Kriegspolitik sich hinzieht; und man dürfte immer noch optimistisch genug sein, zu hoffen, daß derartige, auf die blutige Verfestigung Deutschlands hinzielende Pläne nicht die Zustimmung der Gesamtheit finden, vielmehr die Rettung, den Konflikt statt durch Gewalt durch Verständigung zu lösen, seigen würden.

In Frankreich scheint es heute allerdings nur zwei Richtungen zu geben: die eine, der behauptete Nichterfüllung des Vertrages durch Deutschland nur der längst gewünschte Vorwand ist, um längst gehegte Vernichtungspläne zu verwirklichen, und die andere, die durch ein Trümmerfeld von Drohungen die Annahme der Pariser Beschlüsse durch Deutschland erzwingen will. Aus der Haltung Frankreichs gewinnt man den Eindruck, als ob die Annahme der Pariser Beschlüsse der Wundstich sei, den Deutschland zahlen müsse, um vielleicht doch noch den angebotenen Gewaltmaßnahmen zu entgehen.

Den anderen Entenländern wird man sich aber vielleicht doch nicht ganz der Erkenntnis verschließen, daß dies eine ganz natürliche Zusammenkunft auf Deutschland ist, nach dem dieses einmütig bis zu den Unabhängigen und Kommunisten hinüber die Pariser Beschlüsse als unausführbar zurückgewiesen hat. Man wird sich dort vielleicht dem Gedanken nicht ganz unzugänglich zeigen, daß Frankreich auch auf anderem Wege gegeben werden kann, was es durch die Annahme der Pariser Beschlüsse erreichen zu können glaubt, man wird dort vielleicht bereit sein, einen Weg suchen zu helfen, auf dem Frankreich befriedigt, Deutschland aber vor dem, was ihm an den Pariser Beschlüssen am unerträglichsten scheint, bewahrt werden kann.

Daß Deutschland den drohenden Gewaltmaßnahmen nicht ohne ungenügende Opfer entgehen kann, ist seine Frage. Hätten diese Opfer nicht gebracht werden sollen, dann hätte eben der Krieg nicht begonnen und nicht verloren werden dürfen. Eben jetzt geht aus Mitteilungen der englischen Presse, die von der Berliner „Globe“ übernommen wurden, hervor, daß Wilhelm II. im Falle eines deutschen Sieges von Amerika (!) 30 Milliarden Dollar, von Frankreich 20 Milliarden Dollar, von England nicht geringere Leistungen verlangen wollte. 50 Milliarden Dollar sind 200 Milliarden Goldmark, also ungefähr daselbe, was die Entente durch die Pariser Beschlüsse von Deutschland gefordert hat.

Heute können wir unter den Folgen einer Wohnungs-politik, die in Deutschland 30 Jahre lang getrieben wurde, und wir können nicht behaupten, daß die bürgerliche Regierung der deutschen Republik besonders glücklich operiert, um uns diese Folgen zu erleichtern. Es bleibt uns heute wirklich nur noch die letzte Hoffnung, daß diese Regierung mehr Glück haben wird, als sie bisher verdient gezeigt hat. Und wir müssen ihr dieses Glück sogar wünschen, weil es sich nicht um ihr Schicksal handelt, sondern um das Schicksal unseres Volkes.

Die Abstimmung in Tirol.

Innsbruck, 25. April. Von etwa 150 000 Stimmberechtigten haben ungefähr 90 Prozent ihre Stimme abgegeben, von denen mindestens 120 000—125 000 für den Anschluß an Deutschland gestimmt haben.

Innsbruck, 25. April. Einzelergebnisse der Volksabstimmung: Innsbruck-Stadt: 33 954 Stimmen mit Ja, 472 Stimmen mit Nein, 134 Stimmen unglücklich; davon auswärts Zugewinne 214, von denen 219 mit Ja, 5 mit Nein stimmten. Kuffstein: 15 352 Stimmen mit Ja, 136 Stimmen mit Nein. Schwaz: 10 457 Stimmen mit Ja, 68 mit Nein. Imst: 7899 Stimmen mit Ja, 71 mit Nein. Landeck: 9954 Stimmen mit Ja, 242 mit Nein.

Amsterdam der Sitz der Transportarbeiterinternationalen.

Genf, 23. April. In der Sitzung des Transportarbeiterkongresses am Freitag nachmittags wurde zum Sitz der Internationalen Transportarbeiterverbände Amsterdam bestimmt und die Verteilung der Sitz im Generatrat vorgenommen.

Preussischer Landtag.

14. Sitzung, Sonnabend, den 23. April, vorm. 11 Uhr.
Am Ministerisch: Siegerwald v. M.
Das Disziplinargesetz für die Mitglieder des Landtages und seinen Präsidenten wird in zweiter und dritter Lesung im wesentlichen in der Ausbesserung angenommen. — Dem Antrag Dr. von Krause (D. Sp.) um Einleitung des Strafverfahrens gegen den Abg. Dr. Schaefer (D. Sp.) wird zugestimmt. Darauf wird die

Beschreibung der Erklärung des Staatsministeriums fortgesetzt. Dazu liegt vor ein Antrag Forst (Zit.), Dejer (Dem.): „Der Landtag wolle beschließen, die Erklärung der Regierung vom 22. April zur Kenntnis zu nehmen. Er ermahnt von der Regierung, daß sie die Erklärung entgegen dem Willen des Hauses juben wird und spricht ihr das Vertrauen aus, wenn sie nach der Verlesung zu ihrer Amtsbearbeitung beibringt.“ (Ursprünglich sollte das Vertrauensvotum in diesem Antrag es ist nicht hineingekommen auf einen sozialdemokratischen Antrag hin, der Regierung das Vertrauen auszusprechen. Die sozialdemokratischen Fraktionen hatten sich jedoch nicht gegen das Vertrauensvotum entschieden.)

Abg. Dejer (Dem.): Man hätte vor der Kabinettsbildung erst ein Regierungsprogramm formulieren und dann erst beschließen sollen, auf dieser Plattform eine Mehrheit zu finden. Dann wären die Verhandlungen zwischen den Parteien wesentlich einfacher gewesen. — Die sozialdemokratische Fraktion konnte natürlich annehmen, daß eine Bindung für den Ministerpräsidenten bestand. (Zuscherz der Soc.: Na also!) Herr Stegerwald hat ja auch die Konsequenzen daraus gezogen, indem er sich nicht wählen ließ. Sollte man verfahren, die alle Koalition aufrecht zu erhalten, so hätte eine Regierungsliste die andere abgelöst. (Widerspruch d. Soc.) Den sozialdemokratischen Ministern der alten Koalition kann ich nur das Zeugnis aussprechen, daß sie nach bestem Willen und Gewissen den Staatsinteressen gedient haben. Wir stimmen der Regierungserklärung zu, insbesondere darin, daß man die Produktionskraft der Landwirte nicht schädigen will. (Zusatz rechts: Zwangsversteigerung, die nicht allein durch die Zwangsversteigerung gelitten hat. Wir fordern eine energische Siedlungs-politik. Ueber die Wohnungsfrage hätten wir gern mehr gehört. Ueber die Demotisationierung der Vermaltung, die nach Meinung meiner Freunde durchaus fortgeführt werden muß, wäre das Programm wohl ein Wort sagen können. Von einem Grobregimenten in der Verwaltung darf nicht die Rede sein. (Zusatz links: Aber jetzt! — Große Unruhe links.) Dadurch, daß Vertrauensmänner der Arbeiterschaft in leitende Stellungen kamen, hat die bisherige Regierung vielach Kräfte vermieden. Beregen Sie sich (zu den Sozialdemokraten) zu Gemüte kommen. Mit meine Fraktion habe ich zu erklären, daß wir uns bei einem Ausschluß der Regierung nach rechts aus ihr zurückziehen (Wohlgelauter Zustimmung d. Dem.)

Abg. Vimbach (Soc.): Bei gutem Willen wäre die alte Koalition auflöslich gewesen als die bürgerliche Regierung zum ersten Mal in Reich. Aber die Rechte der Rechte und dem Zentrum forderte trotz des für uns günstigen Ausfalles der Wahlen unter Ausscheiden aus der Regierung, und dem hat man nachgegeben. Wir ebenfals können bei aller Verleugnung unserer Parteiinteressen nicht mit der bürgerlichen Koalition zusammengehen, die bei der Regierung und bei der Schwundpolitik zusammen gehen. Wir gehen nicht mit einer Partei zusammen, zu denen die Stimmes, Höflich um, gehören, die in Kriege die belagerte Industrie für ihre Versicherung zerstört und ausgeplündert haben und jetzt Dampf in die Welt hinaus schicken, mit dem Namen „Friede“, und dabei unter dem Vorwand, daß es eine „Kriegsrente“ ist, die wir zahlen müssen. Das ist ein teuflischer Wandel, denn die Richter gehen ja aus dem besetzten Gebieten hervor und richten natürlich aus den Anschauungen ihrer Klasse heraus. Da kann man durchaus von einer Klassenjustiz sprechen. Die Grundgesetze der Revolution, besonders der Reichsverfassung, sind gelichtet, denn jetzt aus dem demokratischen Reichen ist ein Widerspruch gegen jene idealtätliche Durchführung. Die Haupttreiber für seinen Abbau sind die Volksparteier und die Deutschnationalen. Und deshalb konnten wir mit der deutschen Volkspartei zusammen nicht eine Regierung bilden. Eine Erweiterung der Rechte der Reichsparteier ist bringen erforderlich. Aber von den Rechtsparteien haben die Arbeiter auf diesem Gebiet nichts zu erwarten. Schwere wirtschaftliche Erschütterungen drohen. Die „Deutsche Arbeiterschaft“ spricht offen aus, daß sie aus dem Preisabschlag der Regierung des Lohnabschlags entgegen zu gehen bereit ist, und daß die Unruhen in der Wirtschaft ertragen müssen. Wenn jetzt die Sanktionen ermeitert wurden, an denen Sie (nach rechts) die Schuld tragen und an denen die Kapitalisten jetzt auch noch verdienen wollen, (Wärm rechts) so werden darunter die Arbeiter am meisten zu leiden haben. Wenn wir in eine Regierung hineingehen, so wollen wir unbedingt auf die Verantwortung übertragen. Dem Abg. Dejer erwidert ich, daß ein Ministerium der alten Koalition gegen die Unterbrechung der Unabhängigen hätte finden können. Ich doch Herr Dejer vom Landeshaupmann der Provinz Sachsen mit dem Namen der Unabhängigen genannt worden, während die beiden Reichsparteien ihn abgelehnt haben. (Hört, hört, bei den Soc.) Wie es mit der Fortführung der Demokratisierung der Verwaltung unter diesem Ministerium aussieht wird, das möge Herr Dejer daraus ersehen, daß, als er sich gegen das Grobregiment mandte, von der Rechten ihm entgegengehalten wurde: „Wer feiert! Unter Schutzmantel muß ausgehandelt werden, insbesondere wird den Kapitalisten aus dem armenen Schichten der Zugang zum juristischen Studium eröffnet werden. Die Justizministerien ist von Herrn Gomboldt offenbar nicht über die Verhandlungen vom 8. April abends unterrichtet worden. Bei diesen Verhandlungen ist die Bindung gezeichnet worden, daß der Ministerpräsident zurücktreten sollte, wenn er nicht die Sit-

Stimmung aller drei Koalitionsparteien ihren partei. Diese Zusammenfassung haben aber drei sozialdemokratischen Fraktionen... (Text continues with political analysis of coalition parties and their positions on various issues like reparations and economic policy.)

Abg. Dr. Heß (Zs.): Es ist gewiß ein unerwünschter Zustand, daß die große Fraktion des Parlaments jetzt in Opposition steht... (Text discusses the political situation and the role of different parliamentary groups.)

Abg. Kippel (Dn.): Die Wahlen haben einen Lauf genommen... (Text reports on election results and the political mood following the elections.)

Abg. Kausch (Komm.): Für die Arbeiter gibt es solange keine Besserung ihrer Lage... (Text focuses on the economic and social conditions of the working class.)

Abg. Dr. H. (D.): Die Arbeiterminister Siegerwald mag das Vertrauen der christlichen Arbeiter genießen... (Text discusses the political stance of the Christian workers' movement.)

Abg. Kausch (Komm.): Damit schließt die Aussprache... (Text concludes the discussion on the current political and economic situation.)

Abg. Kausch (Komm.): Die Arbeiterminister Siegerwald mag das Vertrauen der christlichen Arbeiter genießen... (Text continues the discussion on the political stance of the Christian workers' movement.)

Abg. Kausch (Komm.): Die Arbeiterminister Siegerwald mag das Vertrauen der christlichen Arbeiter genießen... (Text continues the discussion on the political stance of the Christian workers' movement.)

Abg. Kausch (Komm.): Die Arbeiterminister Siegerwald mag das Vertrauen der christlichen Arbeiter genießen... (Text continues the discussion on the political stance of the Christian workers' movement.)

gen eine in lange Vertagung und sonntags, die nächste Sitzung... (Text discusses the scheduling of a meeting and the agenda.)

Deutscher Reichstag.

Die Debatte über die auswärtige Lage bis heute vertrat. In der Sonnabend-Sitzung des Reichstages vertraterte es die Regierung die für die Sitzung abgegebene Erklärung über die auswärtige Politik abzugeben... (Text provides a detailed account of the Reichstag session on foreign policy.)

Dr. Simons in Ungnade gefallen.

Dr. Simons in Ungnade gefallen. (Text reports on the political fate of Dr. Simons.)

Lond George will die Befestigung des Ruhrgebietes vermeiden.

Lond George will die Befestigung des Ruhrgebietes vermeiden. (Text discusses the international stance on the Ruhr region.)

Ein englischer Gewerkschaftsführer aus der kommunistischen Partei vertrieben.

Ein englischer Gewerkschaftsführer aus der kommunistischen Partei vertrieben. (Text reports on the expulsion of a trade union leader.)

Kühdang der amerikanischen Ausfuhr.

Kühdang der amerikanischen Ausfuhr. (Text discusses the export of cattle.)

Washington, 23. April. "Chicago Tribune" meldet:

Washington, 23. April. "Chicago Tribune" meldet: Nach amtlichen Statistiken ist die Ausfuhr von Fleisch und... (Text reports on US trade statistics.)

„König Roble.“

„König Roble.“ Roman von Upton Sinclair. (Text begins a story or novel.)

Neht um 80 Prozent, Baumwolle um 50 Prozent gesunken. Die Ausfuhr von Getreide ruht.

Arbeiter- und Angelegenheiten in Ostpreußen. (Text discusses labor issues in East Prussia.)

Hamburger Nachrichten.

Hamburg, 23. April. In dem Prozeß gegen die Geschäftlicher Kommunisten wurde heute nach mehrstündigen Verhandlungen das Urteil gefällt. (Text reports on a court case in Hamburg.)

Die Auslieferung des Goldbestandes.

Die deutsche Regierung schlägt in ihrer Antwortnote auf das Auslieferungsgebeten des Goldbestandes der Reparationskommission vor, daß der Absatz 248 des Friedensvertrages, nach welchem die deutsche Regierung ohne vorherige Zustimmung der Reparationskommission weder Gold ausführen, noch darüber verfügen... (Text discusses the issue of gold delivery.)

Die Not des Rheinlandes.

Berlin, 23. April. (RTB.) Im Reichswirtschaftsministerium fand heute eine Sitzung statt, zu der neben amtlichen Wirtschaftsexperten die Vertreter der großen Spitzenverbände der Industrie, des Großhandels, der Handelskammern, der Gewerkschaften, des Handwerks und des Bankgewerbes, insbesondere auch aus dem besetzten Gebiet, erschienen waren. (Text discusses the economic situation in the Rhine region.)

Die deutsche Wiederaufbaumotte

liegt jetzt im Wortlaut vor. Sie ist Freitag mittag an die Reparationskommission abgegeben worden. (Text reports on the draft of the reconstruction plan.)

Bereitstellung einigungsgeflügelt.

Bereitstellung einigungsgeflügelt. Derart entstand der Kern einer Organisation. (Text discusses the formation of an organization.)

„Ja.“ sagte Hal.

„Ja.“ sagte Hal. (Text continues the story or dialogue.)

„Nein.“ sagte Hal.

„Nein.“ sagte Hal. (Text continues the story or dialogue.)

„Nein.“ sagte Hal.

„Nein.“ sagte Hal. (Text continues the story or dialogue.)

„Nein.“ sagte Hal.

„Nein.“ sagte Hal. (Text continues the story or dialogue.)

